Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 140. Donnerstag, den 19. Juni 1919. 17. Jahrgang.

Der Inhalt der Note.

In ihrer Antwort auf die deutschen Friedensvorschläge erklären die alliierten und assoziierten Mächte, sie glaubten, daß der von ihnen vorgeschlagene Friede von Grund auf ein Gerechtigkeitsfriede sei und den Grundsätzen entspreche, die bei Abschluß des Waffenstillstandes von beiden Teilen zur Grundlage für den Frieden angenommen worden seien.

In Durchführung dieser Grundsätze hatten die alliierten und assoziierten Mächte Maßnahmen getroffen, um Polen als unabhängigen Staat mit freiem und sicherem Zulasse zum Meere wieder aufzurichten. Alle nicht unzweifelhaft in der Mehrheit polnisch bevölkerten Gebietsstücke außer einigen isolierten Städten und Kolonien, die erst kürzlich in gewaltsam expropriierten Ländern errichtet und inmitten unzweifelhaft polnischer Länder gelegen seien, seien Deutschland belassen geblieben. Ueberall, wo der Volkswille zweifelhaft sei, sei Volksabstimmung vorgesehen. Danzig werde Freistaat; seine Einwohner würden autonom und kämen nicht unter polnischer Herrschaft, noch würden sie einen Bestandteil des polnischen Staates bilden. Polen werde gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst werde von Deutschland gelöst, weil es kein anderes mögliches Mittel gebe, um Polen diesen sicheren, freien Zugang zum Meere, den zu gewähren Deutschland versprochen habe, zu geben. Die deutschen Gegenvorschläge ständen in völligem Widerspruch mit der für den Friedensschluß angenommenen Grundlage; sie sähen vor, daß große Mehrheiten unzweifelhaft polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands belassen würden, verweigerten aber einer Nation von über 20 Millionen Einwohnern, deren Landesangehörige längs des ganzen zur Küste führenden Weges in der Mehrheit seien, den sicheren Zulaß zum Meer, um Verbindungen zu Lande zwischen Ostpreußen und Westpreußen zu erhalten, deren Handel immer hauptsächlich zur See erfolgte. Diese Gegenvorschläge konnten somit von den alliierten und assoziierten Mächte nicht angenommen werden.

Indes habe die deutsche Note eine Abänderung vorgeschlagen, die zugestanden werde: auf Grund der Behauptung, daß

Oberschlesien,

obzwar von einer polnischen Mehrheit im Verhältnis von 2:1 (nach der letzten deutschen Volkszählung von 1910 1 250 000 gegen 650 000) bewohnt, deutsch zu bleiben wünsche, willigen die Mächte ein, daß die Frage, ob Oberschlesien zu Deutschland oder Polen gehören soll, durch eine Abstimmung der Bewohner selbst entschieden werde.

Das für das Saargebiet vorgeschlagene Regime muß 15 Jahre dauern. Dieses Arrangement wurde für notwendig erachtet einmal als Bestandteil des allgemeinen Wiedergutmachungsplans und dann als sofortige und für Frankreich als notwendig erkannte Kompensation für die systematische Zerstörung der Kohlengruben Nordfrankreichs. Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Oberherrschaft, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Annexion in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Außerdem hält sie die wirtschaftliche Einheit des Saarbeckens aufrecht, die für die Interessen der Einwohner wesentlich ist. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, die in der Zwischenzeit unter Ueberwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung des im Vertrage vorgesehenen Regimes wünscht.

Die Gebiete, die man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise gewaltsam von Preußen genommen, und keinerlei Uebertragung wird erfolgen, die nicht das Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Dieser Entschluß wird mit solchen Vorsichtsmaßnahmen gefaßt werden, daß die Freiheit der Abstimmung vollständig sein wird.

Endlich sind die alliierten und assoziierten Mächte der Ansicht, daß die Eingeborenen der

deutschen Kolonien

sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die Tradition deutscher Verwaltung und deutscher Regierungsmethoden sowie der Gebrauch der von den Kolonien gemacht wurde, um sie als Basen zu gebrauchen, von wo aus man sich auf den Welthandel stürzen könne, machen es den Alliierten und Assoziierten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch ihm die Verantwortung anzuvertrauen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden. Aus diesen Gründen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, diese Vorschläge abzuändern in den angegebenen Punkten.

Die Vorschläge betreffend das internationale Regime auf Flüssen bedeuten eine Ergänzung des territorialen Regiments. Es entspricht den Grundsätzen des Friedens, wie sie angenommen wurden, sowie dem in Europa in Kraft befindlichen öffentlichen Recht, daß Binnenstaaten auf den ihr Gebiet durchfließenden schiffbaren Flüssen Zugang zum Meere erhalten. Die alliierten und assoziierten Mächte erachten deshalb die von ihnen vorgeschlagenen Arrangements als von grundlegender Bedeutung für die freie Entfaltung der neuen kontinentalen Staaten. Außerdem haben sie keine Verletzung der Rechte der anderen Uferstaaten zur Folge. Vorkehrungen, die die Teilnahme der Nichtuferstaaten an den Flüssekommissionen vorsehen, bilden eine Gewähr dafür, daß das allgemeine Interesse in Betracht gezogen wird. Jedoch sind in der Ausführung dieser Bestimmungen einige Aenderungen an den ursprünglichen Vorschlägen zugebilligt worden.

Es hat den Anschein, als ob die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißdeutet hat. Es besteht bei den alliierten und assoziierten Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdrosseln und es zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt. Vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt, und vorausgesetzt ebenfalls, daß es seine

Methoden des Angreifens und Aufschreißens

aufgibt, die seine Geschäfts- und politischen Methoden charakterisierten, ist die Absicht der alliierten und assoziierten Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genießt in Bezug auf den Einkauf von Rohstoffen und den Verkauf von Waren unter Vorbehalt der zeitlichen bereits angeführten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten zerstörten und geschwächten Nationen aufgestellt worden sind. Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen, daß die durch den Krieg aufgepeitschten Leidenschaften so bald wie möglich erlöschen und daß alle Nationen an dem Wohlergehen teilnehmen, das aus einem Austausch hervorgeht, wo jeder ehrlich den Forderungen der anderen nachkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie alle anderen Nationen sich dieser Wohlfahrt erfreue. Aber auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil dieser Wohlfahrt dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder auszubessern, die Deutschland verschuldete. Um diese Absicht klarer zu gestalten, haben die alliierten und assoziierten Mächte eine gewisse Anzahl finanzieller und wirtschaftlicher Klauseln des Vertrages abgeändert. Aber die Grundsätze, auf denen der Vertrag beruht, sind unantastbar.

Der Vorschlag der alliierten und assoziierten Mächte über die Wiedergutmachungen umschließt keineswegs für die Commission des Reparations eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Denkschrift behauptet; sie bezweckt lediglich, beiden Parteien die Zahlung der Vergütung möglichst zu erleichtern. So muß sie ausgelegt werden. Infolgedessen sind die alliierten und assoziierten Mächte nicht gewillt, sie abzuändern. Aber gleich der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die daraus erwachsen würden, wenn man so schnell wie möglich den Betrag kennen lernte, den Deutschland zahlen muß und den die Alliierten annehmen können. Dieser Betrag kann nicht sofort festgesetzt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten des Wiederherstellung noch nicht festgesetzt werden konnten. Infolgedessen willigen die alliierten und assoziierten Mächte ein, Deutschland alle notwendigen und vernünftigen Erleichterungen zu gewähren, um ihm zu gestatten, sich ein Gesamtbild der Verheerungen und Schäden zu machen und in der Frist von vier Monaten von der Vertragsunterzeichnung an Vorschläge für die Regelung des

von ihm verschuldeten Schadens

zu machen. Falls man im Laufe der zwei Monate, die der Inkraftsetzung des Vertrages folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue pekuniäre Verantwortlichkeit Deutschlands so festgelegt werden, Falls in dieser Frist eine Einigung nicht Platz gegriffen hat, wird das im Vertrage vorgesehene Arrangement ausgeführt werden.

Die alliierten Mächte können der Forderung der deutschen Delegation auf sofortige Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht nachkommen. Die deutsche Revolution wurde bis zum letzten Augenblick des Krieges verzögert. Daher haben die Alliierten und Assoziierten keinerlei Garantie, daß die Revolution eine dauerhafte Aenderung darstelle. Beim augenblicklichen Zustande der internationalen öffentlichen Gefühls kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unverzüglich und auf dem Fuße der Gleichheit mit denen assoziieren, die ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Jeder Versuch, dieses Ergebnis in verfrühter Weise herbeizuführen, würde das Anbrechen der von allen gewünschten Beschwichtigung nur verzögern, statt es zu beschleunigen. Aber die alliierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch Handlungen seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verzichtleistung auf Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein Volk bekundet, mit dem man auf freundschaftlichem Fuße in guter Nachbarschaft leben kann, die Erinnerung an die letzten Jahre sich schnell verwischen und es möglich sein wird, in nicht ferner Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu vervollstädigen, indem man Deutschland zuläßt. Die alliierten Mächte wünschen aufrichtig, daß dem so sein könne. Sie glauben, daß die

Zukunft der Welt

von einem engen, freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationaler Fragen und die Begünstigung alles dessen, was die Wohlfahrt und den Nutzen der Menschheit berührt, abhngt. Aber es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näherzubringen.

Die alliierten und assoziierten Mächte erklären, daß die Blockade Deutschlands eine gesetzliche Kriegsmaßnahme ist und nur infolge des verbrecherischen Charakters des von Deutschland unternommenen Krieges und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethoden, jedoch stets gemäß dem internationalen Recht, verschärft werden mußte.

Schließlich erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß ihre heute übermittelten Bedingungen

ihr letztes Wort

sind. Sie haben auf Grund der Prüfung der deutschen Gegenvorschläge bedeutende praktische Zugeständnisse für die Durchführung gemacht, sich jedoch in den Grundlinien an den Vertrag gehalten. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den aufrichtigen Wunsch, eine Herrschaft des Rechts zu errichten. Als solcher muß er im Wortlaut, wie er heute vorliegt, angenommen oder verworfen werden.

Infolgedessen erwarten die verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation binnen fünf Tagen vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung ab eine Erklärung, wonach sie bereit ist, den Vertrag so, wie er ist, zu unterzeichnen. Geschieht das, so werden die Vorkehrungen für die so-

(Fortsetzung 2. Seite).

Germanias Klage.

Ht. Der letzte Schimmer von Hoffnung ist dahin. Der Gewaltfriede, den uns unsere Feinde antun, ist da, ist unabwendbar, ist nicht mehr zu verhindern durch Proteste und Einwendungen von unserer Seite. Alle unsere „Bemerkungen" auf den gegnerischen Friedensvertragsentwurf sind, mit wenigen unzureichenden Ausnahmen, unbeachtet geblieben. Wilsons Punkte sind gewahrt, so dekretiert Clemenceau, und Wilson selbst tritt gefügig zur Seite. Ein Friede der Gerechtigkeit soll es sein, Deutschland soll froh sein, noch so gnädig behandelt zu werden, — so heißt es in den Auslassungen der Verbandsmächte. Das also ist die „Gnade" des besiegten Siegers, daß er dem unbesiegten Besiegten Fesseln anlegt, die jede Bewegung, jede Regung zur Selbstaufrafung ausschließen. Das also ist der Friede, der von den Weisen und Ueberklugen gepriesen wurde als der Friede ohne Sieger und Besiegte. Wir sind die Schuldigen, so ruft man uns entgegen, wir müssen bestraft werden. Mit dieser Beweisführung wird jeder Widerspruch erstickt, der etwa in den einsichtigen Kreisen der eigenen Bevölkerung der Ententeländer aufkommen könnte. Deutschland hat seine Schuld ja selbst zugegeben, wozu no cheine Untersuchung! Wieder wird das furchtbare Verbrechen offenbar, das deutsche Mitbürger, deutsche Staatsmänner, deutsche Parlamentarier begingen, als sie das Wort „Schuld" in den Mund nahmen und dem Feinde damit erst den Anstoß gaben, über uns zu Gericht zu sitzen. Die Ankläger, die Deutschland der Schuld bezichtigten, sitzen in unserer Mitte. Was im Rate der Ententevölker längst beschlossene Sache war, Deutschland, das mächtig aufstrebende, niederzuhalten, wenn es sein muß, mit Gewalt, was an heimtückischen Plänen geschmiedet und an räuberischen Maßnahmen vorbereitet wurde, sie sahen es nicht, sie wollten es nicht sehen, aus Haß gegen diejenigen deutschen Volksgenossen, die in berechtigter Sorge um Volk und Reich an der deutschen Rüstung schufen, die dafür eintraten, unser Schwert scharf zu halten und wachsam zu sein. Das Gespenst des deutschen Militarismus galt ihnen als Zielpunkt aller ihrer politischen Bestrebungen, sie fühlten, daß eine Regierung, die in diesem „Militarismus" verankert war, Herr über alle Feinde wurde, weil sie das Volk hinter sich hatte. Sie begannen schon lange vor dem Kriege ihre heimliche Wühlarbeit am Körper unserer Militärmacht, und eine unbegreiflich verblendete, unfähige Regierung eines Bethmann-Hollweg erleichterte ihnen diese Arbeit. So hatten die Feinde gewonnenes Spiel, noch ehe sie angefangen hatten. In diesem Augenblick, wo die derzeitigen Machthaber im Deutschen Reiche vor folgenschwerste Entscheidungen gestellt sind, wird niemand so vermessen sein, durch unbillige Kritik Zwietracht im deutschen Volke zu säen. Dennoch können und dürfen wir uns der Tatsache nicht verschließen, daß gerade die Männer, die heute am Steuer des Reichsschiffes stehen, es waren, die an der vorher gekennzeichneten Minierarbeit, die in der Revolution gipfelte, hervorragenden Anteil hatten. Erst die aus diesen Kreisen hervorgegangene Umwälzung hat Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandelt, aus dem die Gegner jetzt erraffen und rauben, was ihnen begehrenswert erscheint. Niemand ist da, der ihnen ein „Halt" geböte. Das deutsche Volk wird in dieser Stunde, wo Aller Blicke in banger Sorge in die Zukunft gerichtet sind, die jüngste Vergangenheit, die Zeiten der Revolution, nicht vergessen; es kann zu diesen Männern, die alles Unheil mit verschuldet haben, nicht das Vertrauen haben, daß sie den Weg zu einer neuen Zukunft finden werden. Aus sich selbst heraus, aus eigener Kraft, aus dem Jungborn des ursprünglichen deutschen Volkstums wird und muß die Wiedergeburt erfolgen. Diese Wiedergeburt und Auferstehung wird keines Feindes Gewalt zu hindern vermögen. Kein Gewaltfriede, und sei er noch so hart, kann den Willen zum Leben abtöten, den unser Volk sein eigen nennt und immer von neuem betätigen wird, wenn nicht die inneren Widersacher die Geschäfte des Gegners führen und den Guten und Besten in den Rücken fallen. Erst aber muß unser Volk in allen seinen Gliedern jetzt die unsagbar schwere Prüfung bestehen, die ihm die Mächte der Entente auferlegen; es muß weitere Opfer bringen, Opfer von unnennbarer Härte, es muß Forderungen erfüllen, deren brutaler Charakter vielen unter uns noch gar nicht klar zu sein scheint. Es hilft nichts, es muß! Hinein und hindurch! Germania, die einst so stolze Hüterin der deutschen Ehre, senkt beschämt das Haupt; sie klagt bitter über das Unrecht, das ihrem Volke geschieht. Aber ihre Klage wird zur furchtbaren schweren Anklage gegen die Männer und gegen die Völker, die haßerfüllt ihren Fuß auf den Nacken des Geschlagenen setzen, und ihn niederdrücken wollen, bis er zusammensinkt. Diese Anklage hallt fort in alle Welten und in ferne Zeiten; einmal aber werden die Rächer erstehen, die als gerechte Richter der Gerechtigkeit und damit dem wahren Völkerfrieden den Weg bahnen.

Deutsches Reich.

— **Zwischen Bamberg und Würzburg** in dem Berliner D-Zug wurde der Kommunistenführer Einstein verhaftet. Er hatte bei der Beerdigung Rosa Luxemburgs gegen die Regierung aufhetzende Reden gehalten. Einstein ist spanischer Staatsangehöriger und reiste unter falschem Paß.

— **Die Kriegsanleihe** wurde bisher zum Nennwerte angenommen bei dem Verkauf von Heeresgütern und von Material im Besitze von Kriegsgesellschaften, erstere, weil bei Ausgabe der achten und neunten Kriegsanleihe solches versprochen worden war. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hebt das Reichsfinanzministerium nun diese Vergünstigungen auf, doch sollen die wirklichen Zeichner von Anleihen auch weiterhin das Recht haben, die genannten Güter mit Kriegsanleihe nach Nennwert zu bezahlen.

Diese Maßnahme wird tief einschneiden in die wirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich auf dem Lande. Von hier sind die meisten Zeichnungen gekommen und das bestimmte Versprechen der Regierung, die Kriegsanleihe beim Ankauf von Heeresgut zum Nennwerte in Rechnung zu stellen, war gerade eines der stärksten Werbemittel für die Anleihen. Nun müssen wir mit Entrüstung sehen, wie auch dieses Versprechen einfach außer Kraft gesetzt wird, vonseiten der Regierung, deren Spitzen, soweit sie vor der Umwälzung schon von Bedeutung waren, sich gerade immer laut und unermüdlich für die Sicherheit der Kriegsanleihen eingesetzt und verbürgt haben.

fortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen. Anderenfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Aufkündigung im Sinne des Artikel 2 des Abkommens vom 16. Februar 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstandes dar. Infolgedessen wird der Waffenstillstand sein Ende finden, und die verbündeten und assoziierten Mächte werden die Maßnahmen ergreifen, die sie für erforderlich halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Preußische Landesversammlung.

31. Sitzung vom 17. Juni 1919.

Das Haus erledigt zunächst kleine Anfragen.

Auf eine förmliche Anfrage der Unabhängigen, wann die nach dem alten Wahlrecht gewählten Provinziallandtage aufgelöst werden, geht die Auskunft dahin, daß dem Haus in den nächsten Tagen eine entsprechende Vorlage zugehen wird.

Es folgt eine Reihe von Fragen über die Preise von Lebensmitteln und anderer Bedarfsgegenstände sowie über die

Maßnahmen zur Wiederbelebung unserer Wirtschaft.

Der Vorschag des Präsidenten, diese Anfragen wegen der Abwesenheit des Handelsministers abzusetzen, wird abgelehnt.

Abg. Dr. Leidig (Deutsche Volkspartei): Wir brauchen Rohstoffe und Lebensmitteln aus dem Auslande. Da ist es nicht angebracht, die Einfuhr durch umfangreiche bureaukratische Ermittelungen zu erschweren Wir müssen den soliden freien Handel wieder in seine Rechte einsetzen.

Abg. Altegoer (Zentrum): In vielen Gemeinden sind Bestrebungen im Gange, den ganzen Lebensmittelhandel dauernd in städtische Regie zu nehmen. Was will die Regierung tun, um uns vor solchen Experimenten zu bewahren?

Abg. Menzel (Unabh.) tritt dafür ein, daß wegen der Wucherpreise für Eier sofort die öffentliche Bewirtschaftung für diese wieder eingeführt werden müsse.

Abg. Schrader (Soz.) wünscht Beseitigung der Wucherpreise für Ferkel und Läuferschweine.

Reichsernährungsminister Schmidt: Der Landbund hat an mich das Ultimatum gerichtet, die Zwangswirtschaft am 1. August aufzuheben, widrigenfalls die Lieferungen schon am 1. Juli aufhören werden. Ich habe hierauf die erforderliche kräftige Antwort gesunden. Die Preise werden in diesem Falle sofort um das Drei- bis Vierfache steigen, und wo sollte ich dann die Milch für Kranke und Kinder hernehmen, die sie ohnehin nur in den notdürftigsten Fällen erhalten? In der jetzigen Zeit ist es unmöglich, die freie Preisgestaltung wiedr einzuführen Bei den Eiern hat sich die Zwangswirtschaft nicht bewährt. Meine Versuche, eine Senkung der Ferkelpreise im Wege der freien Verständigung herbeizuführen, sind vollkommen fehlgeschlagen. Sollte die Drohung mit der Nichtlieferung zur Wahrheit werden, so wird in jedem Fall strafrechtlich eingeschritten werden. Sollten sich die Fälle häufen, so werden wir besondere Kommissionen zu deren Ermittelung einsetzen. Die Anregung, einen Teil der Lebensmittelkosten auf den Staat abzuwälzen, ist natürlich undurchführbar. Die Einfuhr von ausländischen Futtermitteln soll nach Möglichkeit gefördert werden.

Mittwoch 12 Uhr: Fortsetzung und Anträge.

Vor schwersten Entscheidungen.

Eine Ansprache Scheidemanns.

Weimar, 17. Juni 1919.

Der Friedmensausschuß der Nationalverammlung trat heute nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Fehrenbach zu einer kurzen Sitzung zusammen, die außerordentlich stark besucht war.

Der Ministerpräsident Scheidemann gab einen Ueberblick über die feindliche Mantelnote, in dem er einleitend auf die bevorstehenden folgenschweren Entscheidungen und auf die Beleidigungen hinwies, deren unsere abreisende Delegation ausgesetzt gewesen ist. Er edauerte den Mangel eines ausreichenden Schutzes und teilte mit, daß sofort Protest dagegen eingelegt worden si, und daß sich di Reichsregierung ihre Stellungnahme dazu bis zum Eintreffen eines amtlichen Berichts vorbehalte. Zur Mantelnote selbst erklärte er, daß sie ein abschließendes Urteil noch nicht erlaube, ein voreiliges Urteil aber verfehlt sei. In den allgemeinen, gegen Deutschland erhobenen Beschuldigungen sei neues nicht enthalten, aber er müsse mit Bedauern feststellen, daß die Entente unseren Vorschlag zur Schaffung eines neutralen Schiedsgerichtes abgelehnt habe, das allein die Beschuldigungen hätte objektiv prüfen können. Bedauerlich sei weiter, daß das ganze Volk mit den angeführten Vergehen und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung soll aber die Berechtigung schaffen zu den schweren Bedingungen, die im zweiten Teil der feindlichen Mantelnote dem ganzen deutschen Volke auferlegt werden sollen. Die Begründung, die der vorgesehnen Regelung der Verhältnisse im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlichen Memorandum auf ein wesentliches Entgegenkommen rechnen können. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen ebenso wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch mancherlei Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheiten und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material noch nicht vorliege, könne heute noch keine Entscheidung getroffen werden, da nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort eine Grundlage für eine gemeinsame Beratung zwischen Reichsregierung und Friedensausschuß abgeben könne. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die Folgen schwerster Entscheidungen gestellt und deshalb sei es Pflicht, gleichviel wie der Einzelne zu der Friedensfrage stehe, mit vollster Objektivität an diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel sein, daß unser Volk den schwersten Zeiten entgegensehe.

Präsident Fehrenbach schloß sich der Auffassung an, daß eine materielle Beratung erst möglich sei, wenn das gesamte Material vorliege. Der Friedensausschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am Donnerstag nachmitag stattfinden soll. Nach einer Mitteilung des Ministerpräsidenten Scheidemann wird die Reichsregierung bis dahin Gelegenheit gehabt haben, mit der heute Nacht hier eintreffenden Friedensdelegation zu beraten.

Wegen der Zwischenfälle bei der Abfahrt der Mitglieder der deutschen Friedensdelegation aus Versailles hat Graf Brockdorff-Rantzau den schärfsten Protest eingelegt.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt im Abendblatt zur Antwort der Alliierten: Das, was bisher veröffentlicht wurde, ist geeignet, die Gefühle unseres Volkes bis zum Grunde aufzuwühlen. Wir zweifeln nicht, daß sich heute eine Sturmflut von Empörung und Erbitterung über Deutschland ergießt. Die Abreise der deutschen Delegation gab dem französischen Pöbel Anlaß zu gemeinen Ausschreitungen, die zum schmählichsten gehören, was die diplomatische Geschichte verzeichnet. So beginnt die Ehre des Völkerbundes. Diese Orgie der Erniedrigung und Unversöhnlichkeit konnten die Deutschen nicht erwarten; sonst wäre es besser gewesen, keine Reichsvertreter nach Versailles zu entsenden. Wir kennen die Gefühle, die heute Deutschland bewegen. Wri teilen sie und empfinden die ganze grauenvolle Tragödie des deutschen Schicksals. Was wir nun auch tun, es wird fürchterlich sein. Die Verantwortung der Stunde ist unermeßlich. Deutschland ist außerstande, dem Feinde die Unterschrift zu dem Vertragsentwurf zu verweigern, wenn sie durch Ultimatum erzwungen wird. Schicken wir uns ins Unvermeidliche. Hoffen wir, auf eine bessere Zukunft. Gute Anzeichen dafür sind da, daß sie kommt, nicht mit Sturmgewalt neuer Machtentfaltung, sondern durch den Willen der Völker, die ohne Mitarbeit des mittleren Europas nicht in Ruhe leben können.

Der „Vorwärts" über die Ententeantwort. Der „Vorwärts" äußert sich über die unerhörten Bedingungen, die die Entente uns neuerdings stellt, vorläufig nur in einem halbspaltigen Leitartikel, in welchem es unter anderem heißt: „Die Antwort der Entente auf die deutschen Friedensvorschläge wirkt, wie die Einleitung zeigt, nicht als ein Friedensdokument, sondern als eine neue Kriegserklärung Wohl zum ersten Male in der Geschichte ergibt sich hier der Fall daß man ein Volk, mit dem man angeblich Frieden schließen will, in der unerhörtesten Weise beleidigt und beschimpft. In den nächsten vier Tagen vollzieht sich die größte Entscheidung der Weltgeschichte, die doch, wie immer sie fällt, keine endgültige sein wird. Denn das deutsche Volk kann den Kampf um Recht und Leben nicht aufgeben. Möge es sich stark genug erweisen, ihn jetzt schon kraftvoll weiterzuführen, indem es den unerfüllbar, unannehmbaren und entehrenden Forderungen des Entente-Kapitalismus sein festes Nein entgegensetzt."

— **Der Eindruck in der Schweiz.** Die Bedingungen der Alliierten, die infolge einer äußerst mangelhaften Berichterstattung der Havas-Agentur in der Schweiz nur in auseinandergerissenen Stücken bekannt wurden, haben nach einer Meldung des „Berner Tageblatts" in der Westschweiz sehr große Enttäuschung hervorgerufen. Die französische Valuta ist an der Genfer und Berner Börse um 3 Prozent gefallen und die deutsche unverändert geblieben, weil man überzeugt ist, daß Deutschland einen solchen Frieden nicht unterzeichnen wird. Die Genfer „Feuille" stellt zum Schluß fest, daß die neueen Bedingungen nicht besser seien als die alten. Ein Plebiszit in Oberschlesien nach der polnischen Besetzung würde gar nichts besagen. Am meisten ist das Blatt enttäuscht über das Ausbleiben der allgemeinen Abrüstung, wenngleich es in dieser Beziehung einen radikalen Eingriff des amerikanischen Parlaments erwartet.

Das „Berner Tageblatt" schreibt: Clemenceau stellt in seinem unversöhnlichen Haß das deutsche Volk so dar, als wäre es eine Bande von Räubern und Mördern. Auch dieses Schriftstück könne kein Deutscher anders auffassen, als daß er es zerreiße und an den Aussteller zurücksende. Wilson habe wahrscheinlich aus diesem Grunde das Schreiben nicht unterzeichnet. Der Brief sei ein rein französisches Produkt, ein Produkt desjenigen Frankreichs, das sich 40 Jahre hindurch in Haß und Unversöhnlichkeit gehüllt habe. Nach dieser Leistung eines haßerfüllten alten Mannes sei wenig Hoffnung vorhanden, daß der Friede unterzeichnet wird. Clemenceau habe mit dieser schrecklichen Epistel den Frieden verhindern wollen und es frage sich nur, ob seine Genossen, die Absicht mit einem Federstrich alle Friedensbemühungen vernichtet zu haben, ruhig hinnehmen.

Streiflichter auf die militärischen Friedensbedingungen unserer Gegner.

In vielen Kreisen unseres Volkes besteht über die verhängnisvolle Bedeutung der militärischen Forderungen unserer Gegner noch keine rechte Klarheit, so groß auch überall die Empörung über die Friedensbedingungen von Versailles aufflammt. Man mag ein Gegner oder Anhänger des Militarismus sein, man mag den Gedanken einer Abrüstung bewundern oder als utopisch verwerfen, so abgerüstet zu werden, wie es uns jetzt zugedacht wird, ist eine Schmach für ein stolzes, freies Volk mit großer Vergangenheit!

Unsere Gegner aber bleiben bis an die Zähne bewaffnet, auch die allgemeine Wehrpflicht wird bei ihnen überall beibehalten. In den neuentstandenen Nachbarstaaten Polen und der Tschecho-Slowakei wird unter französischer Leitung eine starke Wehrmacht geschaffen. Im bolschewistischen und antimilitaristischen Sowjet-Rußland wird am Ausbau und der Vergrößerung des Heeres gearbeitet. Jedes Land nimmt eine militärische Sicherung seines Bestandes als Recht in Anspruch. Nur Deutschland soll dieses Recht nicht haben, und doch brauchen wir einen wirksamen militärischen Schutz noch weit mehr als die anderen. Nicht etwa, um mit Hilfe desselben imperialistischen Zielen nachzujagen, oder andere Völker überfallen zu können, noch weniger den Ostfizieren ihre Stellungen zu erhalten. Solche Gesichtspunkte können bei unseren Erwägungen heute überhaupt nicht in Betracht kommen.

Deutschlands Finanzlage gestattet an sich nur eine kleine militärische Macht zu halten, aber sie muß ausreichen zur Sicherung des Vaterlandes. Nicht um blinden Militarismus handelt es sich hier, nicht um kostspielige und zwecklose Soldatenspielerei, sondern um die Frage, ob Deutschland noch als selbständiger Staat leben wird oder nicht.

Kann aber ein Volk, daß noch Selbstachtung besitzt und sich einer ruhmvollen Vergangenheit bewußt ist, auf das elementarste

Recht der Selbstverteidigung

verzichten? Darf man Deutschland verbieten, was man der Schweiz, Holland, Dänemark und anderen kleinen Staaten gestattet? Wollen wir nicht Deutschland dem sicheren Untergang jedes staatlichen Lebens, unseres Volkstums und zugleich der allgemeinen Mißachtung preisgeben, so müssen wir das Recht, uns zu schützen, für uns ebenso in Anspruch nehmen, wie es selbst der kleinste Staat hat. Opfern wir das Recht, so besiegeln wir damit unseren Verzicht auf die Existenz als freies selbständiges Volk.

Mit dem uns zugebilligten Heer von 200 000 Mann können wir weder die innere Ordnung aufrecht erhalten, noch unsere Grenzen schützen. Ueberdies soll dieses Heer nicht in Form der allgemeinen Wehrpflicht, sondern in der undemokratischen Form des Söldnerheeres errichtet werden. Nur mit schweren finanziellen Opfern ließe sich ein solches Söldnerheer zusammenbringen und unterhalten. Durch das Söldnerheer aber würde erst eine wirkliche Militärkaste gebildet. Es wäre eine Truppe von Landsknechten, die nur für Straßenkämpfe da wären. Ein gefährlicher Geist des Nichtstuns, der Unzufriedenheit würde hier vielleicht entstehen können. Es wäre die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß dieses Landknechtstun selbst eine Quelle der Unruhe und eine Gefahr für den Staat werden könnte. Lieber nehmen wir die äußerste Beschränkung der Dienstzeit auf uns, als die Schaffung eines solchen Söldnertums. Wir können die Wechselwirkung zwischen Volk und Heer, die durch die allgemeine Wehrpflicht hervorgebracht wird, nicht entbehren!

Jeder militärisch einigermaßen geschulte Deutsche kann sich im übrigen selbst sagen, was ein Söldnerheer bedeuten würde, ohne Generalstab, ohne Mobilmachungsvorbereitungen, ohne Flieger, ohne schwere Artillerie, ohne Tanks und sonstige technische Hilfsmittel. Ein solches Heer wäre zur jetzigen Zeit ein lächerliches Zerrbild, ein Gespött für andere Völker, eine Wachtparade!

Unsere Feinde wollen uns aber

nicht nur wehrlos, sondern auch ehrlos

machen. Auf ewig soll dem deutschen Heer und damit dem deutschen Volke der Makel der Schuld und des Verbrechens aufgedrückt werden. Deshalb fordern sie die Auslieferung des ehemaligen Kaisers und einer Anzahl Heerführer und Offiziere, um sie vor ein nichts weniger als unparteiischen Gerichtshof der Entente zu stellen; obwohl die Offiziere lediglich ihre Pflicht fürs Vaterland getan haben.

Das gleiche Bestreben, das deutsche Heer zu entehren, liegt in dem Verbot, deutsche Heeresangehörige in fremde Dienste zu nehmen, nur für die französische Fremdenlegion soll der Deutsche auch zukünftig gut genug sein.

Sogar an den Gräbern der Gefallenen macht die Schamlosigkeit der Feinde nicht halt, die Grabstätten-Verwaltung und -Pflege soll nur von einer Kommission unserer Feinde ausgeübt werden dürfen.

Was unsere Feinde gewähren wollen, das bedroht uns mit Anarchie im Innern und der Vernichtung von außen her. Dieser Kernpunkt der ganzen Sache muß hervorgehoben werden. Der Völkerbund gibt uns die Rechtsgrundlage für unsere Forderung, von der wir uns nicht abbringen lassen dürfen.

Damit unsere Unterhändler hierfür den nötigen Rückhalt haben, muß sich die Stimme des Volkes erheben, in der Ueberzeugung, daß es hierbei nicht um die Interessen des Heeres oder einzelner Angehöriger desselben geht, daß es nicht auf Wiederbelebung des Militarismus abgesehen ist, sondern daß es sich um Wohl und Wehe des ganzen Volkes, jedes Einzelnen und um die ganze Zukunft unserer Nation und ihre Ehre ausschließlich und allein handelt!

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

78] (Nachdruck verboten)

Als Frau Marianne diesen Brief gelesen hatte, meinte sie sich klar geworden zu sein über das, was sie Edith zu sagen hatte. Natürlich mußte verhindert werden, daß es jetzt noch mehr Skandal gab. Und es war ja auch nicht nötig, daß man in diesem Augenblick neue Unruhe und neue Kämpfe heraufbeschwor. Aber sie sollte es Hellmut sagen, daß sie ihn so innig liebte wie zuvor — daß sie ausharren und geduldig auf ihn warten wolle. Und daß von einer Aufhebung ihrer Verlobung nicht die Rede sein solle — —

Noch ehe sie sich angekleidet hatte, im Morgenrock ging sie hinüber, mit ihr zu sprechen.

Zweimal pochte sie an die Tür ihres Zimmers — drinnen aber blieb alles still. Verwundert schüttelte sie den Kopf — es war nicht eigentlich die Gewohnheit ihrer Schwägerin, so lange zu schlafen. Noch einmal wiederholte sie ihr Klopfen stärker und rief gleichzeitig mit gedämpfter Stimme ihren Namen. Als noch immer keine Antwort kam, drückte sie in jäh erwachender Furcht auf die Klinke. Die Tür war unverschlossen — und mit heftig schlagendem Herzen trat sie ein — —

Ihr erster Blick fiel auf das Bett, dessen Kissen glatt und unberührt waren. Sicherlich hatte in dieser Nacht niemand darin geschlafen. Und dann sah sie, daß vom Schreibtisch die Photographien und die kleinen Gegenstände — Ediths persönliches Eigentum — verschwunden waren, und daß dort, so auffällig, daß man ihn sofort bemerken mußte, ein Brief niedergelegt war.

Und bei alledem erschrak Frau Marianne seltsamerweise nicht. Blitzartig war ihr die Erkenntnis dessen geworden, was sich hier zugetragen hatte; und als sie jetzt die Schritte des Mädchens draußen auf dem Flur hörte, war sie geistesgegenwärtig genug, die Tür hinter sich zu schließen, ehe sie rasch an den Schreibtisch trat.

„Für Marianne!" stand mehrmals unterstrichen auf dem Umschlag, und in fliegender Hast, mit zitternden Händen riß sie denselben auf.

Sechs Briefseiten waren es, von Ediths großen sicheren Schriftzügen bedeckt.

„Meine einzig geliebte Marianne!

Verzeih mir den Schmerz, den ich Dir mit dieser heimlichen Entfernung antun muß! — Es ist eine Flucht, aber nicht vor Dir, auch nicht vor Hermann — eine Flucht vor all dem Grauen und dem Elend, das mich hier bedrängt.

Ich habe mich vor dem Abschied gefürchtet. Und habe gefürchtet, daß Ihr den Versuch machen würdet, mich zu halten. Und ich konnte, ich konnte nicht bleiben.

Du, Liebste, wirst mir gewiß nicht zürnen. Du bist so gut, und Du hast ja immer Liebe und Verständnis gehabt für mein Tun. Aber wie Hermann es aufnehmen wird, weiß ich nicht. Ich hoffe, daß er nicht der erste sein wird, der es sieht. Ich hoffe, daß er es durch Dich erst erfahren wird — denn ich bitte Dich von ganzem Herzen, es ihm recht freundlich und so zu sagen, daß auch er mir nicht zürnt.

Ich habe ihn gewiß immer sehr liebgehabt, und ich habe ihm auch beistehen wollen. Auch wenn ich nun fortgehe, bleibe ich doch immer auf seiner Seite. Aber man hat mich in der Ueberzeugung erzogen, daß es niemals Nutzen bringen kann, wenn man etwas tut, wodurch man sich erniedrigt. Und wenn ich geblieben wäre, dann hätte ich vielleicht den Halt verloren, den ich im Leben brauche. Ich kann wohl auf mein Glück verzichten, aber wenn ich mich selbst nicht mehr achten könnte, dann könnte ich auch nicht mehr leben.

Du mußt das nun nicht so verstehen, als wenn mir etwas besonders Böses zugefügt oder zugemutet worden wäre. Für einen anderen wäre es gewiß nicht so sehr schlimm gewesen, und vielleicht hätte man es tun dürfen. Aber ich kann es nicht. Ich würde auf der Stelle verzweifeln. Und ich kann auch nun keine Abhängigkeit und keine Unfreiheit mehr ertragen, selbst wenn es die Abhängigkeit von Menschen ist, die ich so sehr liebe. Ich habe in all den Tagen schon eine krankhafte Sehnsucht nach der Arbeit gehabt, die meinem Leben wieder einen Zweck und einen Inhalt geben kann. Schon vor einer Woche habe ich nach Karlsruhe geschrieben, und Frau Weigand, die mir in den letzten Jahren während des Studiums beinahe eine Mutter gewesen ist, hat sehr lieb und freundlich geantwortet. Sie kann mich brauchen — eben jetzt ist sie dabei, die Schule zu vergrößern. Von den Freundinnen der Studienzeit finde ich keine wieder, sie sind nach München und Dresden und Berlin und in alle Welt — neue Menschen finde ich, aber auch das ist mir recht so. Die haben keine Erwartungen und keine Ansprüche. Und am glücklichsten trifft es sich, daß ich gleich werde vollauf zu schaffen haben.

Noch einmal: verzeih die viele Heimlichkeit! Es war sehr unrecht, und ich finde nichts, was ich zur Entschuldigung sagen könnte, als daß ich alles aus innerer Notwendigkeit getan habe und nicht anders habe handeln können. Aber ganz gewiß wirst Du mich lieb behalten. Ich bin Dir ja so unendlich dankbar für Deine Liebe, und für das letzte, Du weißt ja, was Du gesagt und getan hast. Wenn es auch so gewesen und so gekommen ist, wie ich dachte. Ich bin lange sehr glücklich bei euch gewesen, so gedankenlos glücklich und fröhlich, wie ich mir's gar nicht habe erträumen dürfen. Und wenn alles jetzt traurig aussieht, und wenn es mit der gedankenlosen Fröhlichkeit ganz vorbei ist, so hab' ich doch immer noch das Beste. Deine Liebe, und das wirst Du mir nicht nehmen, auch wenn ich Dich jetzt so bitter habe kränken müssen.

Wenn ich hier angekommen bin, schicke ich ein Telegramm; ob ich gleich werde schreiben können, gleich den ersten Tag, das weiß ich nicht. Die Lisbeth hat mir geholfen, Du wirst ihr deshalb gewiß kein hartes Wort sagen, aber Hermann sagst Du es vielleicht besser nicht.

Leb' wohl, ich hab' Dich unendlich lieb.

Immer Deine

Edith."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 18. Juni 1919.

Juni 19. Juni: Sonnenaufgang 3,30. Sonnenuntergang 8,28. Mondaufgang 11,10. Monduntergang 9,58.

O könnt ich mich niederlegen,
Weit in den tiefsten Wald
Zu Häupten den guten Degen,
Der noch von den Vätern alt!

Und dürfte von allem nichts spüren
In dieser dummen Zeit,
Was sie da unten hantieren,
Von Gott verlassen, zerstreut.

Von fürstlichen Taten und Werken,
Von aller Ehr und Pracht
Und was die Seele mag stärken,
Verträumend die lange Nacht!

Denn eine Zeit wird kommen,
Da macht der Herr ein End,
Da wird den Falschen genommen
Ihr unecht's Regiment.

Denn wie die Erze vom Hammer,
So wird das lockre Geschlecht
Gehaun sein von Not und Jammer
Zu festen Eisen recht.

Da wird Aurora tagen
Hoch über den Wald heraus;
Da gibt's was zu singen, zu schlagen,
Da wacht ihr Getreuen auf!

Heinrich von Eichendorff.

Stadtverordneten-Sitzung.

Köslin, den 17. Juni 1919.

Die heutige Sitzung setzte mit einer kurzen Aussprache zur Geschäftsordnung ein und an diese Aussprache knüpfte der Vorsteher dann die Mitteilung, daß mehrere Vorlagen — Ankauf des Blocksdorffschen Grundstücks, die Herausgabe einer Sicherheit für verkauftes Holz, Ankauf des Pröhlschen Grundstücks und die Errichtung einer Assistentenstelle bei den technischen Werken — von der heutigen Tagesordnung abgesetzt seien, um nochmals in Kommissionen nachgeprüft zu werden.

Der Antrag, die Vorlagen 1 und 37 — Einrichtung einer Kriminalabteilung bei der Polizeiverwaltung und Antrag der vereinigten Fraktionen der Deutschnationalen und Volkspartei: Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Zahlung sämtlicher Ausgaben für den Arbeiterrat Köslin sofort einzustellen ist — im Zusammenhang zu beraten, wurde abgelehnt und zunächst die geforderten Mittel zur Schaffung der Stellen für eine Kriminalkommissar und zwei Wachtmeister für die Kriminalpolizei bewilligt.

Die Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten für Kohlen haben notwendig eine Steigerung der Gas- und Kokspreise im Gefolge. Die Versammlung kann sich dieser Tatsache nicht verschließen und erklärt sich mit der Erhöhung des Gaspreises von 0,30 Mark auf 0,38 Mark pro Kubikmeter und von 2,60 Mark auf 3,20 Mark pro Hektoliter einverstanden.

Die nächsten Vorlagen: Zahlung einer Beihilfe für den Chausseebau nach Zewelin zum Anschluß an die Chaussee Köslin—Bublitz, die Bewilligung von Mitteln für Demobilmachungszwecke, die Erhöhung der Etatsposition für die Hilfsschule, die Erhöhung der Vergütungen für den Impfarzt und der Schulärztin und die Beschaffung weiteren Notgeldes waren in der betreffenden Kommission geprüft und wieder von der Versammlung ohne Einspruch angenommen.

Auch der Vorlage, Abtretung von Straßengelände am Runden Teich, stimmt die Versammlung ohne Einspruch bei; bei der Abtretung des Geländes handelt es sich um eine Fläche von nur drei Quadratmetern, die zur Herstellung der Straßenfluchtlinie erforderlich sind.

Der Anschluß der städtischen Bureauangestellten an die Allgemeine Ortskrankenkasse und die Neuaufstellung der Satzungen für die Erwerbslosenfürsrge findet keinen Widerspruch seitens der Versammlung und die zur Durchführung dieser Vorlagen erforderlichen Geldmitteln werden ohne Einspruch bewilligt.

Den Anträgen auf Bewilligung von Kurkostenbeihilfe für einen Lehrer und zwei städtische Beamte wird ohne Widerspruch stattgegeben und die erforderlichen Geldmittel bewilligt, wie sie die mit der Angelegenheit betraute Komission befürwortet hat.

Gegen die vom Magistrat beantragte lebenslängliche Anstellung eines Beamten wird aus der Versammlung keine Einwendung erhoben, des weiteren erklärt sich die Versammlung einverstanden mit der Erstattung von Umzugskosten für mehrere Lehrer unter dem Vorbehalt, daß die betreffenden Empfänger zur Rückzahlung dieser Kosten verpflichtet sind, wenn sie innerhalb einer bestimmten Frist aus dem hiesigen Schuldienst wieder ausscheiden.

Des weiteren werden die für die Reinigung des Lyzeums und des Rathauses erforderlichen Mittel bewilligt und der Erhöhung der Mittel für Beschaffung von Schulbüchern und so weiter für unbemittelte Schüler zugestimmt.

Auch die nächsten vier Vorlagen — Bau eines Regenwassersammelkanals in der Bismarckstraße, Neupflasterung der Fabrik- und der Gärtnerstraße und Herstellung eines Schlammfeldes für die Kläranlage — wurden nach kurzer Aussprache widerspruchslos angenommen.

Nachdem die Versammlung sodann auf die diesmalige Ausübung eines Vorkaufsrechtes verzichtet hatte, erklärte sie sich mit der Anschaffung einer Drehleiter für die Feuerwehr und der Vergrößerung der Wasserleitung in der Körlinerstraße einverstanden und bewilligte die hierfür erforderlichen Geldmittel.

Der Magistrat hat die Niederschlagung einer Forderung an einen früheren städtischen Beamten beantragt und befürwortet, die Versammlung gibt diesem Antrage statt.

Für zwei ausscheidende Bezirksvorsteher wurden die Rentner Paul Stöber und Artur Mews neugewählt und der beantragten Bildung eines Wohlfahrtsausschusses wurde zugestimmt.

Der Antrag der demokratischen Fraktion: Wahl einer Deputation für Bildungspflege fand Annahme; diese Deputation soll sich aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgerdeputierten zusammensetzen und die Aufgabe haben, alle außerhalb des Schulbetriebes liegenden Volksbildungsveranstaltungen wissenschaftlicher und künstlerischer Art — Volksbücherei, Volkshochschule, Vortragswesen, Lichtspielvorführungen, Theatervorstellungen, Volkskonzerte, Bilderausstellungen, Sammlungen, Veranstaltungen zur Pflege der Heimatkunde und so weiter — zusammenfassend zu bearbeiten und nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse und Möglichkeiten zum Gegenstande städtischer Fürsorge zu machen. Der Antrag fand in sachlicher Beziehung keinen Widerspruch, und nur bei der Wahl der Bürgerdeputierten machten sich Meinungsverschiedenheiten geltend. Aus der Versammlung wurden als Mitglieder dieser Deputation gewählt: Partzsch, Henke, Dr. Graf, Winkel, Kasten, Timm und Radtke.

Die letzte Vorlage der Tagesordnung: Antrag der vereinigten Fraktionen der Deutschnationalen und der Volkspartei: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Zahlung sämtlicher Ausgaben für den Arbeiterrat Köslin sofort einzustellen, wurde mit einer Frist bis zum 1. August dieses Jahres unter der Voraussetzung zurückgezogen, daß bis dahin die Demokratisierung der betreffenden Verwaltungszweige durchgeführt ist, und daß der Arbeiterrat dann ohnehin sein Amt niederlegt.

Nach einigen kurzen sachlichen Mitteilungen seitens des Vorstehers und einiger Mitglieder der Versammlung wurde die Sitzung geschlossen.

Schwurgericht.

Köslin, den 17. Juni 1919.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor, Geheimer Justizrat Haken. — Beisitzer: die Landrichter Richter und Centurier. — Vertreter der Anklagebehörde: Assessor Schweppe. — Gerichtsschreiber: Landgerichtssekretär Röder. — Spruchbank der Geschworenen: von Rhöden, Bannatz, Ropke, Beilsnß, Harmel, Maaß, Knuth, Glawe-Mühlenbruch, Brandenburg, Lampe und Wetzel.

Von der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange freigesprochen. Gegen den Fleischermeister Franz Steffen zu Schivelbein schwebte seit 1915 ein Strafverfahren, dessen Hauptverhandlung bis zur diesmaligen Schwurgerichtstagung hatte ausgesetzt werden müssen, da entweder der Angeklagte oder noch Zeugen, auf deren Vernehmung nicht verzichtet werden konnte, zum Heer einberufen waren. Dem Genannten war zur Last gelegt, er habe vom 15. Oktober 1915 seinen leiblichen Vater, den Fleischermeister Wilhelm Steffen, derart mißhandelt, daß der Verletzte in der Nacht zum 17. Oktober verstorben sei. Wenn nun auch durch die Beweisaufnahme der heutigen Hauptverhandlung festgestellt wurde, daß der Sohn sich an dem in Rede stehenden Tage nachmittags im Schlachthaus nach einem vorausgegangenen Wortwechsel in unentschuldbarer Weise tätlich an seinem Vater vergriffen hatte, so gewannen die Geschworenen doch die Ueberzeugung, daß der Angeklagte sich im Sinne des eingeleiteten Verfahrens der vorsätzlichen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange nicht schuldig gemacht habe, und verneinten die diesbezüglich gestellte Schuldfrage. — Weitere Verhandlungen standen für heute nicht an.

— **Eigene Berliner Schriftleitung.** Wir haben jetzt eine eigene Schriftleitungsstelle in Berlin eingerichtet, die dafür bürgt, daß uns der in Berlin vorliegende Nachrichtenstoff auf schnellstem Wege zugänglich gemacht wird.

— **Zahlung von laufenden Militärversorgungsgebührnissen an kranke und gebrechliche Personen.** Das Verfahren wegen Zahlung von Militärversorgungsgebührnissen an kranke und gebrechliche Personen durch die Landbriefträger, wird, zunächst versuchsweise, auch auf diejenigen Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen in den Ortsbestellbezirken ausgedehnt, welche der zuständigen Postanstalt durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde, der amtlichen Fürsorgestelle oder der Polizeibehörde nachweisen, daß sie infolge schwerer Kriegsbeschädigung, insbesondere wegen Beinverletzung, oder aus sonstigen zwingenden Gründen ihre Versorgungsgebührnisse von der Postanstalt nicht selbst abholen und auch durch Familienangehörige nicht abholen lassen können. Diese Einrichtung darf jedoch nur auf Fälle des wirklichen Bedürfnisses beschränkt bleiben.

— **Vorsicht bei amerikanischen Fleischwaren!** Immer von neuem muß darauf hingewiesen werden, daß die eingeführten amerikanischen Schweinefleischwaren sowohl der Speck wie insbesondere auch das Gefrierfleisch im Bezug auf Trichinenhaltigkeit nicht unverdächtig sind. Die amerikanische Fleischbeschau steht im großen und ganzen nur auf dem Papier. Jedenfalls ist sie der deutschen in keiner Weise gleichwertig und sie wird für die Ausfuhrprodukte vor allen Dingen keineswegs sorgfältig gehandhabt sein. Die Käufer müssen daher immer erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, dies amerikanische Fleisch nur gekocht und gebraten zu verwenden.

— **In Bauerhufen und Nest** sind für den Badeverkehr bis Mitte September wieder Postagenturen eingerichtet. Für die gleiche Zeit und aus gleichem Anlaß ist die Postagentur in Großmöllen an bisheriger Stelle, den Verkehrs- und Betriebsverhältnissen entsprechend, in ein nach Köslin gehöriges Zweigpostamt umgewandelt worden mit Schalterdienst werktags von 8—1 und von 3—7 n., Sonntags von 8—9 v. und von 12—1 n. und von 5—6 n. für den Telegraphenverkehr. Ferner ist das hiesige Zweigpostamt auf dem Bahnhofe fortan wieder Sonntag von 8—9 v. und von 12—1 n. für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet.

— **Die schlechte Lage unserer Milchversorgung** beruht auf dem dem Mangel an Kraftfuttermitteln und auf einer Verringerung des Milchviehbestandes. Zu Schlachtzwecken muß ein so starker Eingriff in den Rindviehbestand erfolgen, daß auch das Milchvieh in verstärktem Maße dabei herangezogen werden muß. Es muß daher mit allen Mitteln versucht werden, die Erfassungsmöglichkeiten der Milch durch verschärfte Kontrolle, durch Anschluß der Kuhhalter an Molkereien und andere Maßnahmen zu steigern. Auch bei der im Hinblick auf unsere gesamte Ernährungslage nicht zu umgehenden Schlachtung von Milchvieh müssen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um dasjenige Milchvieh, das für die Allgemeinheit von Nutzen ist, möglichst lange zu verschonen. Es werden daher in erster Linie diejenigen Kuhhalter zur Abgabe von Milchvieh herangezogen werden müssen, die sich ihrer Ablieferungspflicht zum Schaden der Allgemeinheit entziehen. Der Reichsernährungsminister hat aus diesem Grunde angeordnet, daß bei der Aufbringung des Schlachtviehes zunächst auf die Viehbestände derjenigen Kuhhalter zurückgegriffen wird, die nach Angabe des zuständigen Kommunalverbandes ihre Milch nicht ordnungsmäßig abliefern, sondern unerlaubterweise zurückhalten. Die mit der Erfassung der Milch beauftragten Behörden sollen regelmäßig Verzeichnisse derjenigen Kuhhalter ihres Bezirkes aufstellen, die sich als besonders säumig in der Ablieferung von Milch und Milcherzeugnissen gezeigt haben. Die mit der Aufbringung beauftragten Stellen sollen die in diesen Verzeichnissen aufgeführten Kuhhalter in erster Linie zur Viehabgabe heranziehen.

— **Von unseren Lichtspielbühnen.** Der neue Spielplan der **Kammerlichtspiele** weist das sehr gute Volksstück „Das Schwabenmädle" auf. Das Stück lehnt sich sehr an das bekannte Stück „Stadt und Land" an, dessen Inhalt fast derselbe ist. Zu erwähnen seien noch die wundervollen Naturaufnahmen, die dem Stück einen künstlerischen Charakter geben. — Ergänzt wird das Programm durch das Kriminaldrama „Späte Rache". Ein durch den Meineid seines Freundes unschuldig Verurteilter nimmt nach seiner Flucht viele Jahre später an dem Meineidigen Rache.

— **Entkommener Einbrecher.** Der am Dienstag dank der Bemühungen unserer Polizei festgenommene Einbrecher F. aus Berlin, der am Sonntag nachmittag den Einbruch in der Neuentorstraße verübt hatte, ist gestern wieder entkommen. In seiner Zelle im Gericht hatte er den Ofen abgebaut und war so in den Schwurgerichtssaal gekommen. Ein Gerichtsdiener, demgegenüber er sich als Zeuge ausgab, wies ihm den Weg ins Freie, sodaß der schwere Junge ungehindert entkam.

— **Gefaßte Einbrecher.** Der Berliner Kriminalpolizei gelang es bei der Ankunft in Berlin die beiden hier wohnhaften Einbrecher F. und St. festzunehmen und ihnen den gestohlenen Vorführungsapparat aus dem Pieperschen Kino abzunehmen.

— **Soldin Selbstmord.** Im Soldiner See wurde die Leiche des Schäfers Albrecht aus Simonsdorf aufgefunden. Es wird angenommen, daß ihn der Kummer über seine zwei gefallenen Söhne in den Tod getrieben hat.

Eingesandt.

(Für Artikel dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Laut Bekanntmachung vom letzten Sonnabend soll vom zweiten Lebensjahre ab der Bezug von Weizenbrot fortfallen. Es gab bisher für Kinder bis zum 2. Lebensjahre zwei Pfund Weizenbrot pro Woche und im Monat drei Pakete Zwieback und ein Pfund Kindermehl. Für Kinder vom 2—4. Jahre außer drei Pfund Roggenbrot noch 800 Gramm Weizenbrot. Jetzt erhalten 2—4-jährige Kinder kein Weizenbrot mehr. Es ist ausgeschlossen, daß man ein zweijähriges Kind ohne Uebergang die Lebensweise eines Erwachsenen führen läßt, da alle bisherigen Zulagen außer Weizenbrot auch fortfallen. Bis zum vollendeten dritten Jahre müßte wenigstens Weizenbrot geliefert werden, falls dies nicht möglich sein sollte, so muß für ausreichenden Ersatz gesorgt werden, wie Zwieback, Gries, Kindermehl, Haferflocken, mindestens ein halbes Pfd. pro Woche. So bitte ich die zuständige Verteilungsstelle dringend um Aenderung dieses Mißstandes.

F. R.

Letzte Nachrichten.

Versailles, 18. Juni.

Bei der deutschen Delegation ist eine Note Clemenceaus eingegangen, die das lebhafte Bedauern über die Pöbelausschreitungen ausdrückt, denen die deutsche Delegation bei ihrer Abreise ausgesetzt war. Der Präfekt des Seine-Departements Chaleil ist beauftragt, sich bei dem Gesandten Haniel mündlich zu entschuldigen. Der Präfekt des Seine-Departements und der Polizeikommissar, die nicht genügend Vorkehrungen getroffen haben, sollen bald von ihren Posten abberufen werden.

Weimar, 18. Juni.

Der Sonderzug mit der deutschen Friedensdelegation der um Mitternacht eintreffen sollte, ist nach Mitteilung des Ministers Giesberts erst heute früh um 9 Uhr in Weimar eingelaufen. In den Kreisen der Reichsregierung besteht die sichere Hoffnung, daß, falls sich die Notwendigkeit ergeben sollte, die Frist zur Ueberreichung der Antwort zu verlängern, diesem Wunsche die Entente nachkommen würde. Im großen und ganzen stellt die Antwort der Entente eine modifizierte Kündigung des Waffenstillstandes dar, da dieser bei Nichtinnehaltung der Frist automatisch ablaufen soll.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptschriftleiter Günther Herricht; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Elsholz; für den Anzeigenteil: Hans Neigestind. Druck und Verlag: Fürstentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Standesamtsnachrichten

für die Zeit vom 11. bis 17. Juni d. Js.

Geboren: Knaben 3, Mädchen 3, Aufgebote 14, Eheschließungen 3, Gestorben: verehel. Barbier Pauline Bunz geb. Kallmann, 59 J., verw. Bauerhofsbesitzer Emilie Hardt geb. Henke, 66 J., Rentenempfänger Karl Papenfuß, 74 J., Student der Medizin Karl Wolf, 24 Jahre, Totgeburt.

Personen-Automobil
Dixi 8 24 P.S., neu, im August lieferbar, gebe preiswert ab
Reinhold Schwarz, Janow,
Fernsprecher 13.

Kaufe jeden Posten Bettwäsche.
Frau M. Seibt, Hospitalstr. 9.

Schwarze Brieftasche
verloren. Inhalt etwas über 1000 Mark. Gegen Belohnung abzugeben in der Geschäftsst. d. Ztg.

Geschäfts- und Mietsgrundstück,
Neuetorstraße 49,
mit großem, gutgehenden Kolonialwarengeschäft nebst Schankwirtschaft in bester Lage der Stadt, ist
zu verkaufen.
Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.

Hans Lange, Dentist
Markt 28, I.
Zahnersatz nach neuestem Verfahren.
Gold-Kronen und Brückenarbeiten.

Eine eiserne Zementform
60 cm groß, mit 45 gußeisernen Untersetzen, verkauft
Frenz, Bublitzerstr. 36.

Großen, sehr gut erhaltenen Papagei-Käfig zu verkaufen,
Kavelungenweg 1, u. r.

Bohr-Paste
in Kisten 140 Pfund, in Eimer 25, 9 und 5 Pfund, empfiehlt
Fritz Raddmann,
Drawehn.
Händler erhalten Rabatt.

Es stehen zum Verkauf:
380 Meter Feldbahnschienen,
2 eiserne Kippwagen,
Spurweite 65 cm,
4 eiserne Etagenwagen,
(Spezialwagen f. Torfstich)
Spurweite 65 cm,
1 eiserne Wasserschnecke, 8 Meter lang, 30 cm lichte Weite.
Angebote an
Dom. Roßnow,
Post Crampe, Bezirk Köslin.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz, über unsere tausendfach bewährten, patentamtl. geschützt. Hörtrommeln. Bequem und unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkennungen.
Janis Versand München 411

Wieder eingetroffen
das sehr beliebte
Schmierwaschmittel
und
Waschpulver
Hans Schönebernöt,
Hoheiorstr. 3.

Weißkohl-, Rotkohl-, Wirsingkohl- u. Kohlrabi-Pflanzen
das 1000 für Mark 10,—
Wrukenpflanzen
das 1000 für Mark 5,— verkauft bei Ziehen der Pflanzen durch Käufer.
Gutsverwaltung Kaltenhagen,
b. Timmenhagen.

Kösliner Veranstaltungen.

Mittwoch, den 18. Juni.
Stenographenverein Stolze-Schrey, abends 7,30 Uhr Vorstandssitzung, abends 8,30 Uhr Generalversammlung in den Kösliner Festsälen, Grünstraße.
Turnverein: Jugend- und Männerabteilung, ab 7,30 Uhr Ueben Spielplatz, Moritzstraße.

Donnerstag, den 19. Juni.
Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband im Kreise Köslin vormittags 11 Uhr Generalversammlung im Klub.
Hilfsbund, nachm. 4 Uhr Mitgl.-versammlung bei Lüdtke, Bergstr.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Sanis-Versand München. 411.

Anzeigen aus Janow.

Wiesenverpachtung.
Sonnabend, dem 21. d. Mts., nachm. 5 Uhr werde ich die diesjährige Grasnutzung der Rohrbruchwiesen am Nestbach gelegen, (zirka 60 Morgen meliorirt) parzellenweise meistbietend verpachten.
Sammelplatz bei meiner Brücke.
Theodor Scheil, Abbau Karnkewitz.

Für die uns anläßlich unserer Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.
Wilhelm Jennrich u. Frau
Marie geb. Genger.
Eventin, im Juni 1919.

Infolge Mangels an Weizenmehl kann solches hinfort nur an Kranke mit **chronischem Magenleiden** verteilt werden. Derartige Kranke müssen unbedingt neue ärztliche Atteste beibringen, die von der Aerztekommission nachgeprüft werden. Bereits vorgelegte Zeugnisse werden von der Aerztekommission zurückgewiesen.

Der Kreisausschuß.

Es wird auf die Provinzialverordnung vom 15. November 1918 — Kreisblatt Seite 413 — erneut hingewiesen. Nach dieser Verordnung darf Vieh (Kinder, Kälber, Schafe und Schweine) zu Zucht- und Nutzzwecken nur nach vorheriger Genehmigung des Kommunalverbandes verkauft werden. Hammellämmer dürfen nur an den Pommerschen Viehhandelsverband verkauft werden.

Köslin, den 17. Juni 1919.

Der Landrat.
von Eisenhart-Rothe.
Der Vollziehungsausschuß des Arbeiterrats.
Prüfer.

Aufruf!

Die Besitzer sämtlicher deutschen Waldbetriebe, seien es Gemeindewaldungen, Stiftsforsten, Fideikommißforsten, Genossenforsten oder freie Privatbetriebe, sehen sich vor eine Fülle lebenswichtiger Aufgaben gestellt. Bei der Liquidation des Krieges spielt der Wald eine wichtige Rolle, künftigen Weltkatastrophen darf die Forstwirtschaft nicht wieder ungerüstet gegenüberstehen; in Preußen kommt die Staatsaufsicht der Privatforsten, die andern Bundesstaaten werden vermutlich folgen, die drohenden Steuern können, wenn sie der Eigenart des Waldbetriebes nicht Rechnung tragen, vernichtend wirken,

die Organisation der Gesamtvertretung forstlicher Interessen ist deshalb eine Lebensfrage geworden.

Der Deutsche Forstverein hat diese Interessen bisher so gut vertreten, wie er es nach seiner Organisation tun konnte. So dankenswert diese Tätigkeit aber auch war, so kann der Deutsche Forstverein weder seiner Zusammensetzung noch seinen Satzungen nach die wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzer mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Hier klafft eine fühlbare Lücke, und diese Lücke muß ausgefüllt werden durch den Zusammenschluß der Waldbesitzer in Vereinen, durch Zusammenschluß der Waldbesitzervereine zu Verbänden der einzelnen preußischen Provinzen bezw. Gliedstaaten, und das Werk muß gekrönt werden durch die Schaffung eines Reichsverbandes Deutscher Waldbesitzervereinigungen.

Der Landesverband Preußischer Waldbesitzervereinigungen ist bereits aus den bestehenden Verbänden gegründet worden und beabsichtigt, sich auf Anregung der süddeutschen Waldbesitzer-Verbände mit diesen zu einem Reichsverbande zusammenzuschließen. Auch in Pommern hat sich ein solcher Verband zusammengeschlossen, es gilt nun jeden Hektar heranzuziehen. Leider schläft noch ein großer Teil der Waldbesitzer und sieht nicht die Gefahr, in der wir alle stehen. Die unterzeichneten Begründer des Vereins pommerscher Waldbesitzer richten deshalb an alle die ernste Mahnung:

Schließt Euch zusammen zu diesem Verein pommerscher Waldbesitzer.

v. Boehn-Lojow. v. Flemming-Basenthin. v. Flügge-Speck.
von Grünberg-Bruchhoff. Heydemann-Kutzow. Krahmer-Schmolsin.
v. Schwerin-Burg Spantekow.

Nähere Auskunft erteilt die

Forstberatungsstelle zu Belgard a. Pers.

Konzertagentur Otto Grünthal.

Vornotiz über die neuen Abonnements 1919/1920.

Nachdem auf dem Verbandstag der Konzertunternehmer Ostdeutschlands die Auswahl für die Konzerte und Veranstaltungen der kommenden Saison getroffen ist, werden die Abschlüsse mit den Künstlern sowie die Tage jetzt festgesetzt.

Die getroffene Auswahl verbürgt eine gediegene erstklassige Zusammenstellung. Es finden beginnend Mitte September dieses bis Ende April nächsten Jahres zirka 20 bis 25 Veranstaltungen der verschiedensten Art statt. (Konzerte, Vorträge, Tanzabende). Die endgültige Zusammenstellung wird im Juli bekannt gegeben. Auskunft über die getroffene Auswahl wird schon jetzt bereitwilligst gegeben.

Wie bisher werde ich auch diesmal Abonnements zu Vorzugspreisen abgeben, für die folgende Bedingungen gelten:

Abonnements für eine Person für sechs Abende 20 Mark, für 12 36 Mark exkl. der städtischen Kartensteuer. Die Auswahl der Abende erfolgt nach freier Wahl der Abonnenten und braucht die Auswahl nicht gleich getroffen zu werden. Es wird vielmehr der einmal vom Abonnenten selbst gewählte Platz für jede Veranstaltung bis zum dritten Tage vor dieser reserviert gehalten, während diese stets sechs Tage vorher in den Zeitungen bekannt gegeben werden. Dr Gutschein ist dann nur bis zum dritten Tage vorher gegen die bis dahin zurückbehaltene Tageskarte umzutauschen. Ist dies nicht geschehen, dann wird angenommen, daß der Abonnent diese Veranstaltung nicht besuchen will und wird erst dann anderweitig über den Platz verfügt. Hat der Abonnent sein Gutscheinheft aufgebraucht, so bleibt auf Wunsch der einmal gewählte Platz weiter für ihn reserviert bis zum dritten Tage vor der Veranstaltung und wird für diese Abende dann auch nur der Abonnementspreis angerechnet.

Die Vorteile für die Abonnenten sind daher folgende: Ermäßigter Preis, selbst gewählter Platz, die Auswahl braucht erst bis zum dritten Tage vor der Veranstaltung zu erfolgen, Beibehaltung des Abonnementspreises für etwaige weitere Abende. Bei diesen Vorteilen dürfte eine rege Beteiligung und frühzeitige Platzauswahl nur zu empfehlen sein. Ich nehme Bestellungen schon jetzt an.

Otto Grünthal, Köslin, Markt 21.

Deutschnationaler Volksverein.
Stammtisch

bei Oesten und Falsett, Danzigerstraße, jeden Freitag, abends 6.00 Uhr.

Frauengruppe Köslin der Deutschen Volkspartei.

Zusammenkunft am Freitag, den 20. Juni, abends 8,30 Uhr im kleinen Saal bei Lüdtke.

1. Vortrag von Frl. Dr. Kohler: „Vorgehen der Franzosen in Mey".
2. Lichtbilder: „Eine Reise nach Rügen".

Die Herren sind als Gäste herzlich willkommen, ebenso die Jugend.

Der Vorstand.

Peglow's Hotel, Ostseebad Nest.

Sonntag, den 22. d. Mts., von 3 Uhr nachm. ab

Garten-Konzert

Eintritt frei.

Abends: Tanz.

Morgen, Donnerstag abend findet das Orgelkonzert von Professor Becker statt.

Am Sonnabend, dem 21. Juni bleibt mein Geschäft von 1 Uhr ab für den öffentlichen Verkehr geschlossen, **Gastwirt Mewes, Neuklenz.**

Geschäftseröffnung.

Einem geehrten Publikum von Köslin und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß wir **am Donnerstag, den 19. Juni,** eine

Bergstr. 20 Konditorei und Café Bergstr. 20

eröffnen.

Es soll unser äußerstes Bestreben sein, für reelle und gewissenhafte Bedienung Sorge zu tragen. Mit der höflichen Bitte, unser junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichnen

hochachtungsvoll

Gebr. W. Auschrat,
Konditorei und Café.

Unterzeichnete Geschäfte sind von Donnerstag, den 19. Juni, bis zum 1. September

mittags von 1 bis 2,30 Uhr

geschlossen.

A. Aron. Ed. Baruch. Fr. Flister. H. Frischer. E. Görth.
W. Gruhlke. L. Hinzelmann. Gebr. Hirschfeld. H. G. Kapischke.
E. Karsten. M. Kattner. R. Kath. W. Klinger. E. Klinger-Steinborn.
Fr. Kollmann. R. Lebram. D. Lowin. W. Lopatka. W. Lüdtke.
M. Mayer. E. Nemitz. P. Reinhardt. C. Sabatzky. L. Senger jr.
A. Specht. A. Schimmel. P. Stivarius. R. Teschner. A. Wunderlich.

Betrifft Ausgabe von Auslandfleisch.

Der Preis des Fleisches ist derselbe wie bisher, nämlich 7,20 Mark das Pfund.

Köslin, den 18. Juni 1919.

Der Magistrat.

Freibank.

Donnerstag, den 19. d. Mts., von 8,30 bis 10,30 Uhr Abgabe von Nr. 1201 bis 1392.

Die Schlachthofdirektion.

Bekanntmachung.

Die für den 19. d. Mts. anberaumte Versteigerung in Zuchen findet nicht statt.

Kühl,
Gerichtsvollzieher in Köslin.

Wiesenverpachtung.

Am Sonntag, dem 22. Juni, vormittags 10 Uhr, sollen die Seeparzellen am Boniner See an Ort und Stelle meistbietend verpachtet werden. Treffpunkt auf dem Gutshofe.

Gutsverwaltung Bonin.

Jagdverpachtung.

Die Jagdnutzung in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk **Maskow, Bezirk II** wird am **4. Juli** d. Js., nachmittags 4 Uhr in der Wohnung des Unterzeichneten öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.

Maskow, den 18. Juni 1919.

Der Jagdvorsteher. Görs.

Wiesenverpachtung.

Am Dienstag, dem 24. d. Mts., vormittags 9 Uhr, beabsichtige ich, meine Wiesen am Stafbach in Größe von 7 Morgen zu verpachten.

Sammelplatz an der Landstraße an der Chaussee nach Vangerow.

H. Görs.

Wiesenverpachtung.

Grasschnitt von 3 Morg. Varchminer Wierbaumwiesen in Parzellen zu je 1 Morgen. Zu erfrag. **Dom. Biziker.**

Wiesenverpachtung.

Donnerstag, den 19. Juni, nachmittags 6 Uhr, werde ich den **Datjower See** meistbietend verpachten.

G. Frenz.

Aus dem Felde zurückgekehrt, empfehle ich mich zur Ausführung sämtlicher

Malerarbeiten

billig und sauber.

L. Zieslack, Mühlentorstr. 51.

Neu eingetroffen in größter Auswahl:

Teppiche · Läuferstoffe
Gardinen · Vorhänge
Fußmatten

A. Wunderlich
Inh.: **Georg Wagner.**

Sarg-Magazin und Beerdigungs-Institut

Holzmarkt 2 **Albert Jütz** Holzmarkt 2

Telephon 351 · · Inh.: Willy Jütz · · Telephon 351

Uebernehme bei vorkommenden Sterbefällen Besorgungen ganzer Begräbnisse,
auch empfehle **eigene Leichenfrau.**

Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen sowie Sargausstattungen
zu billigen Preisen.

Hervorragend schöne

Pianos

in großer Auswahl, desgl. ein gebrauchtes, zu verkaufen.

K. Klein, Junkerstr. 8, Tel. 572.

Zahn-Praxis

Willy Reichel, Nachfl. M. Wlutzka.
Atelier für künstlichen Zahnersatz.
Zahnschmerzbeseitigen ∴ Plombieren.
Sprechstunden 9-1 und 3-6 Uhr.

Bergstraße 7 Köslin Bergstraße 7
1 Treppe Telefon 416. 1 Treppe

Wanderversammlung in Güdenhagen Freitag, den 20. 6., nachm. 2,30 Uhr. Abfahrt 2 Uhr Hauptbahnhof. Treffpunkt Tribbensee-Güdenhagen.

Küttner, Vorsitzender.

Bast.

Zu dem am Sonntag, dem 22. d. Mts. stattfindenden

Sommervergnügen

ladet freundlichst ein. Anfang 4 Uhr.

Wilh. Brandenburg.

Arbeitsmarkt.

Lackierer, Schmiede
stellt ein **Wagenfabrik H. Pflug,** Stargard i. Pom.

Einen Arbeiter
sucht
Wilhelm Wendt, Stabeisenhandlg.

Provisionsreisende
auch Damen, welche Landkundschaft besuchen wollen, sucht bei hoher Provision

Fritz Raddmann, Drawehn.

Suche für sofort

Schneiderin

aufs Land, gegen gute Verpflegung. Zu erfrag. in d. Geschäftsst. d. Bl.

Tüchtiges solides

Hausmädchen,

auch nur für Tag, zum 1. Juli gesucht

Danzigerstr. 18, 2 Tr. l.

Für frauenlosen Gutshaushalt suche zum 1. August bessere

Wirtschafterin,

die gut kocht, im Backen, Einschlachten und Geflügelzucht erfahr. ist. Zeugnisse u. Gehaltsansprüche einsenden.

Radoll, Zwirnitz b. Retzin i. Pom.

Wegen Verheiratung meines

Hausmädchens

suche ich zum 1. August Ersatz. **Aufwärterin** für das Geschäft vorhanden.

Frau Hedwig Hoffmann, Markt 18, 1 Tr.

Suche von sofort zu Arbeiten im Haushalt älteres

Mädchen
oder
alleinstehende Frau,

die auch erfahren und zuverlässig in der Pflege und Fütterung von Schweinen und Geflügel ist.

Härms, Flugplatz.

Für Landhaushalt zum 1. oder 15. Juli

gebildetes Fräulein

zur Unterstützung der Hausfrau sowie ein gewandtes

Hausmädchen

gesucht.

Schriftliche Angebote an
Fr. Heidemann, Crampe, Kreis Bublitz.

Einfache Stütze

für Stettin gesucht.

Näheres bei Frau **Studienrat Labs,** Elisenstr. 12, vormittags 10 bis 11 Uhr.

Existenzsuchende wenden sich mit Rückporto an **A. Stampader, München 23/116.**

Grundstücks- und Geldverkehr.

Suche sofort

Villa mit Garten

6–7 Zimmer und Zubehör. Preislage ca. 60000 Mk. Kann evtl. ausbezahlt werden. Uebergabe bis 1. 4. 1920 evtl. früher. Sofortige Angebote erbittet

Walter Küter, Köslin, Bergstr. 32, Tel. 57

Schönes Wohnhaus

besten Bauzustandes, Friedr.-Wilh. Vorst. geleg., enth. 4 Wohnungen, günstig zu kaufen, für Käufer 1 Wohn. u. d. ganz. anderen Morg. gr. Garten in etwa 8 Tagen frei. Gute Verzinsung. Anzahlung 25–30000 Mark. Der Bevollmächtigte Reg.-Sekr. a. d. Schulz, Fernruf 300.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort

H. Blume & Co., Hamburg 5.